

EUROPÄISCHE RUND- SCHAU

Vierteljahreszeitschrift
für Politik, Wirtschaft
und Zeitgeschichte

44. Jahrgang € 9,-

B. BISCHOF, S. KOTKIN, M. LIPMAN,
T. SNYDER, D. TREISMAN

PUTINS RUSSLAND

Hannes Androsch

Thomas Kielinger

Adam Krzemiński

László Végel

Paul Lendvai

Europa – wie weiter?

Britischer Weg

Wende in Polen

Serbien

Führerdemokratie

Weitere Aufsätze von Bettina Rutensteiner-Pollen, ...
Ferk, Oliver vom Hove, Heinrich Neisser, Eva ...
Stephan Sattler, Walter Schilling, Johann ...

2016/3

SONDERDRUCK



CHEFREDAKTEUR	Paul Lendvai	
HERAUSGEBERKOMITEE	Walter Rothensteiner, Vors. Erhard Busek Willibald Cernko Heinz Fischer Rudolf Kaske	Christoph Leitl Paul Lendvai Josef Taus
KURATORIUM	Klaus Liebscher, Vors. Günther Geyer, Stv. Hannes Androsch Andreas Brandstätter Erich Hampel Michael Häupl Wolfgang Hesoun Burkhard Hofer Georg Kapsch Christian Konrad Peter Mitterbauer Alois Mock	Ewald Nowotny Erwin Pröll Gerhard Roiss Herbert Schimetschek Wolfgang Schüssel Karel von Schwarzenberg Veit Sorger Karl Stoss Hannes Swoboda Andreas Treichl Franz Vranitzky
ANZEIGEN UND VERWALTUNG	Herold Druck und Verlag AG A-1030 Wien, Faradaygasse 6 Telefon 01/795 94-0 Telefax 01/795 94-570	
HERAUSGEBER REDAKTION	Verein »Europäische Rundschau« Beide A-1080 Wien, Piaristengasse 5–7/Stiege 4 Telefon 01/408 34-00 Telefax 01/408 34 00-11 e-mail: europ.rundschau@aon.at	
Ab sofort sind wir auch online erreichbar unter www.europaeische-rundschau.at		
MEDIENINHABER	Herold Druck und Verlag AG A-1030 Wien, Faradaygasse 6	
HERSTELLER	Herold Druck und Verlag AG, Wien Verlags- und Herstellungsort Wien	
PREISE	Einzelnummer € 9,- (exkl. Porto) Jahresabonnement € 27,- (exkl. Porto) Studenten-/Schüler-Abo € 17,55 (exkl. Porto) – entsprechender Nachweis erforderlich Abbestellungen sind nur zum Jahresschluss möglich, wenn sie spätestens sechs Wochen vorher schriftlich bekanntgegeben werden.	
BANKVERBINDUNG	Herold Druck und Verlag AG: Raiffeisenbank International AG BIC: RZBAATWW, IBAN: AT983 100 000 100 845 974	

Auf chlorfreiem Papier gedruckt.

ISSN 0304-2782



»Europa heute – und wie weiter?«

Hannes Androsch
Bettina Ruttensteiner-Poller

Am 12. Oktober 2012 verkündete das norwegische Nobelpreis-Komitee die Vergabe des Friedensnobelpreises an die Europäische Union. Damit würdigte das Komitee die Tatsache, dass diese Union entscheidend zur Friedenssicherung und prosperierenden Entwicklung des Kontinents beigetragen hat, wobei es im Besonderen auf die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, die Förderung der Demokratie in den ehemaligen Diktaturen Griechenland, Spanien und Portugal, die Integration der ostmitteleuropäischen Staaten und die Unterstützung bei der Pazifizierung der Balkan-Länder nach den Kriegen der 1990er Jahre verwies. Weiters hieß es in der Begründung:

»The EU is currently undergoing grave economic difficulties and considerable social unrest. The Norwegian Nobel Committee wishes to focus on what it sees as the EU's most important result: the successful struggle for peace and reconciliation and for democracy and human rights. The stabilizing part played by the EU has helped to transform most of Europe from a continent of war to a continent of peace.«¹

Es lohnt sich der Blick sieben Jahrzehnte zurück: Nach unbeschreibbaren Zerstörungen und unzähligen Opfern, verursacht von zwei Weltkriegen, die in Europa ihren Ausgang genommen hatten, lag unser Kontinent 1945 am Boden. Millionen Menschen waren damals auf der Flucht, noch mehr hatten alles verloren außer ihrem Leben, und ganze Städte und Landstriche waren verwüstet. Dass Europa sich dennoch schon bald wie Phönix aus der Asche erheben und nur wenige Jahrzehnte später der Mehrheit seiner Bewohner einen bis dahin ungeahnten Wohlstand und breite Wohlfahrt bieten konnte, war einerseits dem Schutz und der Unterstützung – Stichwort: Marshall-Plan-Hilfe – der Amerikaner geschuldet, andererseits aber dem genialen Werk einiger beherzter Politiker, namentlich Jean Monnet und Robert Schuman, aber auch Paul-Henri Spaak, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer. Mit ihrer Idee, die





deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion zusammenzulegen und damit die kriegswichtigsten Industrien unter eine gemeinsame Behörde, die Montanunion, zu stellen, gaben sie die Initialzündung für den europäischen Integrationsprozess.

Dank des nur wenig später geschaffenen gemeinsamen Binnenmarktes ist die Europäische Union mit ihren vorerst noch 28 Mitgliedsländern und über 500 Millionen Einwohnern heute die größte Wirtschaftsregion mit der höchsten Wirtschaftsleistung der Welt. Zugleich werden in dieser Region aber auch fünfzig Prozent der weltweiten Sozialausgaben konsumiert, obwohl sie nur sieben Prozent der Weltbevölkerung beherbergt. Um 1900 betrug dieser Anteil noch 20 Prozent. Diese Entwicklung wird mit einer zunehmend alternden Gesellschaft und zugleich rückläufigen Zahl der Erwerbstätigen einhergehen. Diese Tendenz verdeutlicht auf dramatische Weise den Bedeutungsverlust Europas. Umso mehr können die europäischen Staaten nur gemeinsam Stärke zeigen und Probleme bewältigen. Jedes Land für sich wird sich dafür als zu schwach erweisen.

Von Anbeginn an war der europäische Integrationsprozess auch immer vom Wechsel zwischen Erfolgen und Rückschlägen gekennzeichnet, Krisen waren seine ständige Begleiterscheinung. Der Wahlspruch der EU – »In Vielfalt geeint« – konnte auch schon früher nicht immer die Vielschichtigkeit und Unterschiedlichkeit der Antriebskräfte verdecken, die in der Union wirken und ihr politisches Handeln – oder auch Nicht-Handeln – bestimmen. Inzwischen aber taumelt die Union von einer Krise zur nächsten, die allesamt durch politisches Versagen verursacht wurden und von denen bisher keine einzige wirklich gelöst werden konnte: Von der Finanz- und Bankenkrise und der daran anschließenden Weltwirtschaftskrise über die Staatsschuldenkrise in Irland, Portugal, Spanien und vor allem Griechenland – verbunden mit dem drohenden Austritt dieses Landes aus der EU (Stichwort: »Grexit«) – bis hin zur Uneinigkeit der Unionsmitglieder im Angesicht der Flüchtlingswelle und zum Referendum über das Ausscheiden Großbritanniens aus der Union (Stichwort »Brexit«).

Die Europäische Union befindet sich somit aktuell in ihrer größten Bedrängnis seit Bestehen und auch ernsthaft in Gefahr, zu zerbrechen. Wie konnte es dazu kommen?

Von einer Krise zur nächsten: Europa im Taumel

Als 1989, dem damals von vielen so empfundenen *Annus Mirabilis*, der Eiserne Vorhang und die Berliner Mauer fielen, wähten sich manche am »Ende der Geschichte«²; der weltweite Siegeszug von Demokratie und Kapitalismus sollte beginnen. Zwar war mit dem Ende des Kalten Krieges und damit auch dem Ende der »Ordnung von Jalta«, vor allem aber der dadurch ermöglichten Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten die sog. »deutsche Frage«, die Furcht also vor einer deutschen Übermacht, wieder virulent geworden. Doch der auf Betreiben der USA unter Präsident George H. Bush und Deutschlands unter Bundeskanzler Helmut Kohl zustande gekommene Zwei-plus-Vier-Vertrag mit der Regelung der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, gefolgt von der gemeinsamen Anstrengung Frankreichs und Deutschlands im Rahmen der Verhandlungen zum Maastricht-Vertrag, welcher die europäischen Staaten, vor allem aber Deutschland durch den Verzicht auf die nationalen Zahlungsmittel (speziell die D-Mark) und die Einführung des Euro als gemeinsamer europäischer Währung enger zusammenführte, legten den Grundstein für die europäische Ordnung, wie wir sie heute kennen.





Doch die Freude über das Erreichte währte nicht lange. Schon in den frühen 90er Jahren musste Europa im Zuge der jugoslawischen Zerfallskriege feststellen, dass das »Ende der Geschichte« im Sinne eines Endes großer ideologischer Auseinandersetzungen nicht gleichbedeutend war mit dem Ende kriegerischer Auseinandersetzungen. Doch die Europäer, zumal die Deutschen, wollten – wie Münkler jüngst betonte – »Frieden und Wohlstand nunmehr in Ruhe genießen (...) (und behandelten) die jugoslawischen Zerfallskriege als eine störende Episode (...), die man schnell wieder vergessen wollte«³, umso mehr, als es die USA waren, die durch ihr Eingreifen den Konflikt beenden konnten.

Zu dieser »Geschichtsvergessenheit« kam auch noch eine »Raumvergessenheit«⁴, denn nur die wenigsten hatten einen Blick dafür, dass sich vom westlichen Balkan bis zum Kaukasus – mit der Ukraine im Zentrum bzw. als Verbindungsstück – ein postimperialer Raum erstreckte, in dem sich nach dem Zusammenbruch der Großreiche Russland und Österreich-Ungarn als Ergebnis des Ersten Weltkrieges nie wirklich stabile Verhältnisse entwickelt hatten.⁵ Jugoslawien nach dem Zweiten Weltkrieg war ebenso eine politische Notlösung gewesen, wie es das SHS-Königreich knapp drei Jahrzehnte vorher war, und der Bund südslawischer Völker hatte zu keiner stabilen Ordnung geführt. Von der Europäischen Union wurde dies zuerst lange Zeit nicht erkannt oder ignoriert; und als sich die Probleme schließlich doch nicht mehr übersehen ließen, versuchte man diesen Raum auf Basis des Konzepts »finanzielle Alimentierung für Gewaltverzicht«⁶ zu befrieden, wengleich schnell erkennbar wurde, dass die Ruhigstellung der Akteure mittels finanzieller Zuwendungen einen nur sehr prekären Frieden schafft. Mit den Worten Münklers: »Die Ruhe auf dem Balkan hängt letzten Endes an der finanziellen Erpressbarkeit der EU. Das ist keine komfortable Situation für die Europäer.«⁷

Doch wovor die Europäer so lange ihre Augen verschlossen hatten, traf sie 2013 nach dem Aufflammen der Ukraine-Krise und der völkerrechtswidrigen Besetzung der Krim-Halbinsel durch Russland mit umso größerer Wucht: die Erkenntnis nämlich, dass die Geopolitik und mit ihr der Krieg als Mittel der Politik tatsächlich wieder nach Europa zurückgekehrt waren.

Europas böses Erwachen: Die Rückkehr von Geopolitik ...

Es mögen die exponierte Lage seines eigenen kleinen Staates und eine damit verbundene besondere Sensibilität für die Bedeutung der Geografie gewesen sein, die seinen geopolitischen Verstand in besonderem Maße schärfte. In jedem Fall aber war sich Lee Kuan Yew, der erste Premierminister des Stadtstaates Singapur, der unmittelbaren Möglichkeit tektonischer Umbrüche, riesiger Bedeutungsverschiebungen und der damit verbundenen Gefahren gewaltsamer Konflikte im Umfeld Europas bewusst, als er vor bereits mehr als 20 Jahren davon sprach, Europa sei von einem »*Ring of Fire*« umgeben, der die gesamte südliche und südöstliche Nachbarschaft Europas umfasst.

Dieser »*Ring of Fire*«, der sich von der Ukraine und den Konfliktregionen im Kaukasus über den Nahen und Mittleren Osten bis nach Nordafrika und entlang der Küste Westafrikas zieht, ist – wie die Situation am bereits erwähnten Balkan – nicht zuletzt die Folge des Zusammenbruchs ehemaliger Großreiche: des Osmanischen Reiches und des russisch-sowjetischen Imperiums. Diese Staaten hatten – ebenso wie die





Habsburger Monarchie – als gemeinsames Merkmal, dass sie Vielvölkerreiche waren. Die Hinterlassenschaften dieser Imperien sind bis heute umkämpft und werden es in Form von »Erbfolgekriegen« wohl auch noch für einige Zeit bleiben.

Diese Konflikte, die derzeit entlang dieses »*Ring of Fire*« aufbrechen, wurden lange Zeit vom Kalten Krieg und dessen Überformung als Kampf der Ideologien und Werte zwischen Ost und West, zwischen Warschauer Pakt und NATO überdeckt. Seit Wegfall dieses Antagonismus gewinnen alte und bereits überwunden geglaubte Konfliktursachen wie etwa ethnische Zugehörigkeit und Nationalismus, Religion und Kultur sowie geopolitische Überlegungen erneut an Bedeutung und knüpfen damit an das 19. und frühe 20. Jahrhundert an. Besonders deutlich wird dies am Beispiel Russland.

Ähnlich weitsichtig wie Lee Kuan Yew erklärte auch Egon Bahr, der ehemalige Architekt von Willy Brandts »Ostpolitik«, bereits 1999 – dem Jahr, als Wladimir Putin vom damaligen russischen Präsidenten Boris Jelzin zum Ministerpräsidenten ernannt wurde, – in einem Radio-Interview:

»Es gibt keine Stabilität in Europa ohne die Beteiligung und Einbindung Russlands. Und ich weiß genau, dass Russland nicht so schwach bleiben wird, wie es im Augenblick ist. Wir können im Prinzip jetzt alles tun, was wir wollen, Russland kann es nicht (ver)hindern, es ist zu schwach. Aber ich warne davor, ein großes stolzes Volk zu demütigen.«⁸

Tatsächlich hat Präsident Putin sehr bald nach seinem Amtsantritt begonnen, die russische Gesellschaft auf einen nationalistisch-imperialistischen Diskurs einzuschwören, und spätestens mit seiner Aussage im April 2005, wonach der Zerfall der Sowjetunion die »größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts«⁹ gewesen sei, war klar, dass Russland früher oder später diese Katastrophe zu revidieren versuchen würde. Entsprechend war auch Putins Rede im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz 2007 als Warnung an den Westen gedacht, als er die NATO-Erweiterung Richtung Osten einen »provozierenden Faktor«¹⁰ nannte und betonte, dass Russland unilateralistische Zielsetzungen anderer Staaten nicht mehr hinnehmen würde.

Es genügt ein Blick auf die Landkarte Europas, um festzustellen, dass die russische Wahrnehmung hinsichtlich seiner geopolitischen Lage bestimmt wird durch die Tatsache, dass sich im Westen von Nordfrankreich über die Benelux-Staaten, Norddeutschland und Polen bis Weißrussland, die baltischen Staaten und die Ukraine eine Tiefebene erstreckt, die aufgrund fehlender geografischer Hindernisse – wie etwa Gebirgszüge – ein ideales Einfallstor nach Russland bildet. Tatsächlich wurde das Land schon mehrfach aus dieser Richtung überrannt – von den Polen, den Schweden, den Franzosen und zuletzt zweimal von den Deutschen –, wenngleich es auch aufgrund seiner strategischen Tiefe niemals dauerhaft erobert werden konnte, abgesehen von jener Zeit im 13. und 14. Jahrhundert, als weite Teile unter tatarischer Herrschaft standen. Und so waren es vor allem diese historischen Erfahrungen, die die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg veranlassten, mittels eines *Cordon sanitaire* aus »befreundeten« Staaten in Osteuropa eine Pufferzone zu schaffen, welche den sowjetischen Machtbereich einerseits weit nach Westen vorrücken ließ und sie gleichzeitig vor neuerlichen Eroberungsfeldzügen aus westlicher Richtung schützen sollte.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 schrumpfte Russland wieder mehr oder weniger auf jenes Gebiet zurück, das es in vorkommunistischer Zeit umfasst hatte.





Dieser territoriale Verlust, im Besonderen aber die Aufnahme früherer »Bruderstaaten« wie Polen, Tschechien, Ungarn, Rumänien und Bulgarien, sowie sogar ehemals sowjetischer Gebiete wie die baltischen Staaten in die NATO und dem damit verbundenen Vorrücken des westlichen Militärbündnisses nach Osten wurde folglich von Moskau nicht als Akt der Friedenssicherung betrachtet, sondern ließ alte Ängste wieder erwachen, die das politische Handeln Russlands zunehmend aggressiver werden ließen.

Der Konflikt mit Georgien über die Regionen Südossetien und Abchasien im Jahr 2008 war dann auch der erste Schritt Putins auf seinem auf territoriale Restauration des russischen Einflussbereichs abzielenden Weg, und zudem ein Warnsignal an die NATO, ihren Machtbereich nicht noch weiter nach Osten auszudehnen.

Tatsächlich stehen heute nur noch Weißrussland, Moldawien und die Ukraine zwischen der NATO und Russland, und so darf es nicht verwundern, dass Moskau jede Veränderung dieses Status quo verhindern will, zumal mit Sewastopol Russlands einziger ganzjährig eisfreier Hafen auf der Krim-Halbinsel liegt. Eine Mitgliedschaft der Ukraine im westlichen Sicherheitsbündnis käme Moskau einer Kriegserklärung gleich. Doch auch schon das vom damaligen ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowytch geplante Handelsabkommen mit der EU bedeutete aus Sicht Moskaus das Überschreiten einer roten Linie, weshalb es entsprechenden Druck ausübte, um Janukowytch wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Die nachfolgenden Proteste der bereits nach Westen orientierten und vor allem auf die wirtschaftliche Unterstützung der EU hoffenden Ukrainer führten schließlich zum Sturz von Janukowytch, aus der Sicht Moskaus aber zur Notwendigkeit, die Krim-Halbinsel, die nach russischer Meinung ohnehin zum russischen Kernland gehört – ungeachtet der Tatsache, dass das Gebiet erst 1783 unter Katharina der Großen annektiert wurde, und die Tataren damals ähnlich drangsaliert wurden, wie es auch heute wieder geschieht –, und damit auch den Hafen von Sewastopol wieder unter seine Kontrolle zu bringen. Diese völkerrechtswidrige Annexion ebenso wie die darauffolgende Unterstützung aufständischer pro-russischer Kräfte in der Ostukraine sind ein Beispiel für jene *hybriden Kriege*, die sich durch einen Zustand »zwischen offenem Krieg und fortbestehendem Frieden«¹¹ auszeichnen, und von denen es in Zukunft mehr geben könnte.

... und Geschichte

Großreiche wie Russland denken nicht in Jahren, sondern in Jahrzehnten, manchmal auch Jahrhunderten. Und sie blicken oft auf noch viel längere Zeitspannen zurück, aus denen sie ihre historischen Erfahrungen schöpfen. Für sie ist »die Vergangenheit nicht tot, sie ist nicht einmal vergangen« (William Faulkner), und so hätte auch für die Europäer klar sein müssen, dass Russland seine Geschichte nicht einfach vergessen und seine sicherheitspolitischen Bedürfnisse hinsichtlich der Sicherung seiner Westgrenze nicht einfach ablegen wird.

Doch neben seinen historisch begründeten Bedrohungsängsten hatte Russland immer auch Expansionsträume und Großmachtstreben – ein Umstand, der sich neben der Eroberung des Kaukasus sowie Zentralasiens und Sibiriens auch in insgesamt elf russisch-türkischen Kriegen manifestierte. Aktuell werden die Expansionsbestrebungen deutlich in Moskaus Modell einer »Eurasischen Union«, mit welcher Weißrussland, Armenien, Kirgistan und Kasachstan wieder enger an Russland gebunden wur-





den, vor allem aber beim Kaukasuskrieg von 2008 zur Abtrennung der Regionen Südossetien und Abchasien von Georgien sowie im Jahr 2014 bei der Annexion der Krim und der nachfolgenden Unterstützung prorussischer Kräfte in der Ostukraine. Putin zeigte hier sehr deutlich seine Bereitschaft, die Interessen Moskaus auch wieder mit Gewalt durchzusetzen, zumindest dann, wenn das damit verbundene Risiko eines Konflikts mit dem Westen kalkulierbar ist. Und so nimmt es auch nicht wunder, dass sich speziell in den baltischen Ländern Unruhe breit macht bezüglich der Interessen und Intentionen Moskaus, zumal sie im Falle eines russischen Vorstoßes auf ihr Territorium nicht wirklich von der NATO verteidigt werden könnten, da sie mit dem nächstgelegenen NATO-Mitglied Polen nur durch einen knapp 100 km breiten Korridor, die sog. »Lücke von Suwalki«, verbunden sind. Daran kann auch die von der NATO jüngst beschlossene Stationierung von 4000 Mann in Litauen, Estland, Lettland und Polen nichts ändern.

In der Europäischen Union wiederum gibt es mittlerweile berechtigte Befürchtungen, dass sich die Situation in der Ukraine ähnlich entwickeln könnte wie jene auf dem Balkan. Eine dauerhafte, vor allem finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der Ukraine bei gleichzeitiger Einforderung umfassender Reformen, vor allem im Bereich Korruptionsbekämpfung, könnte zwar das Land möglicherweise stabilisieren und damit weitere Flüchtlingsströme verhindern, bringt die EU jedoch immer stärker in Konflikt mit Russland. Lässt man die Ukraine hingegen fallen, könnte dies nicht nur eine weitere Flüchtlingswelle nach Europa auslösen, sondern würde darüber hinaus mit dem Grundsatz brechen, wonach die Gemeinschaft jedem europäischen Staat, der sich mit ihren Werten identifiziert, prinzipiell offensteht.

Notwendig ist in jedem Fall eine gemeinsame Lösung. Die Ukraine war schon immer ein Grenzgebiet, weshalb auch die Ordnungsfunktion in dieser Region nicht allein Putin überlassen werden kann. Zudem ist es auch für Russland keine Lösung, Europa den Rücken zu kehren, vor allem angesichts der Tatsache, dass seine geopolitischen Ansprüche keine wirtschaftliche Basis besitzen. Hierzu genügt der Vergleich des nominalen Bruttosozialproduktes Russlands von ca. 2,1 Billionen US-Dollar mit jenem der Europäischen Union (rund 17,3 Billionen US-Dollar), der USA (rund 16,8 Billionen US-Dollar) und der Volksrepublik China (rund 9,2 Billionen US-Dollar).

Als Ergebnis jedenfalls haben wir inzwischen bereits wieder einen »neuen Kalten Krieg«, wie der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew meinte.¹³ Und die Lage, in der sich die Europäische Union in diesem Konflikt befindet, ist dabei denkbar schlecht: nicht nur ist sie derzeit ohnehin schon in fast allen Fragen zerstritten, ihre Mitglieder fühlen sich darüber hinaus – auch das eine Folge der Geografie und der damit verbundenen historischen Erfahrungen – von Russland in unterschiedlichem Ausmaß bedroht. Moskaus Ansage, Russland sei da, »wo Russen sind«, führt bei jenen EU-Ländern, die russische Minderheiten in ihrer Bevölkerung haben – namentlich den baltischen Staaten –, aber auch bei jenen, die Russland unmittelbar gegenüber stehen, zu durchaus berechtigten Ängsten hinsichtlich der Absichten Moskaus. Die weiter von Russland entfernt liegenden Mitgliedsländer der EU scheinen hingegen weniger Bewusstsein dafür zu haben, und dies obwohl Putin nahezu jede Möglichkeit nutzt, um die Europäische Union zu destabilisieren, nicht zuletzt, indem er offen all jene Kräfte unterstützt – von rechtsextremen, ja sogar neonazistischen, bis zu linksradikalen Bewegungen –, die die EU zu schwächen versuchen. Die Europäische Union als Zusam-





menschluss liberaler, pluralistischer und demokratischer Länder steht in Widerspruch zu jenem vordemokratisch-nationalistisch-chauvinistischen Modell, das Putin vor-schwebt. Russland als »gelenkte Demokratie« wird daher auch jede Möglichkeit nutzen, die EU und damit »auch das gesellschaftliche, zivile und politische Modell zu schwächen, für das es steht«. ¹² Moskau betreibt reine Machtpolitik: diese Erkenntnis muss sich in den politischen Reihen der Union ebenso durchsetzen wie jene, wonach Russland geografisch unverrückbar ist und wir daher die russische Herausforderung annehmen müssen, ob wir das nun wollen oder nicht.

Einsames Europa

Doch Putin war nicht der Erste, der mit seinem Überfall auf die Krim das Völkerrecht missachtete. Präsident George W. Bush hatte dies 2002 in der »Nationalen Sicherheitsstrategie« der USA sogar als Maxime festschreiben lassen, denn dort heißt es: »Wir dürfen unsere Feinde nicht zuerst zuschlagen lassen«. Damit wurde jedes unilaterale, »präemptive« Vorgehen Amerikas möglich, sofern sich die USA in ihrer nationalen Sicherheit bedroht fühlen.

Dieser Bruch mit dem Völkerrecht, begangen von der führenden demokratischen Macht einzig unter Verweis auf die Notwendigkeit von Präventivschlägen zur Bekämpfung von Terrorismus und »Schurkenstaaten« und erstmals realisiert 2003 mit dem Einmarsch der USA im Irak, war in seiner Wirkung desaströs. Denn diese Form der »Realpolitik«, die nur die Wirklichkeit der Macht, nicht aber die Wirksamkeit von Werten, und hier vor allem des Prinzips des *rule of law* anerkennt, mag in einem autoritären Staatswesen wie beispielsweise Russland möglich sein. Wenn aber eine Demokratie sich dieser Auffassung von Politik verschreibt, gerät sie unvermeidlich in Widerspruch zu ihren normativen Grundlagen und damit letztlich auch in eine Legitimationskrise. ¹⁴

Wenngleich die Vereinigten Staaten auch in der inzwischen anarchischen, multipolaren Welt auf absehbare Zeit die stärkste Macht bleiben werden, und wohl auch die einzige, die sowohl in militärischer wie auch diplomatischer Hinsicht zu globalem Handeln fähig ist, so zeigen die USA inzwischen dennoch wieder bedeutend weniger Bereitschaft zu internationalem Engagement, sofern ihre ökonomischen und/oder strategischen Interessen nicht direkt betroffen sind. Bushs Nachfolger, US-Präsident Barack Obama, betrachtet sowohl die Ukraine-Krise als auch die Flüchtlingsströme aus Syrien, dem Irak und Afghanistan als Probleme, mit denen Europa allein fertig werden muss. Seiner Ansicht nach, die er erst jüngst in einem Interview für »*The Atlantic*« äußerte, ist die Ukraine »a core Russian interest, but not an American one«, und »even as his Secretary of state warns about a dire, Syria-fueled European apocalypse, Obama has not recategorized the country's civil war as a top-tier security threat.« ¹⁵ Und selbst die Dauerkrisenregion Naher Osten, in der Obama zu Beginn seiner Amtszeit noch Ambitionen hatte, – die er im Zuge des Atom-Deals mit dem Iran auch zumindest teilweise umsetzen konnte –, ist jetzt auf sich allein gestellt. Der Schwerpunkt der amerikanischen Interessen liegt zunehmend im pazifischen Raum, wo vor allem mit China eine neue Herausforderung nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch ordnungspolitischer Natur – Stichwort: »neue Seidenstraße« und chinesische Territorialansprüche im Südchinesischen Meer – entstanden ist, sowohl terrestrisch als auch maritim.





Die von China reklamierten »historischen Rechte« auf nahezu das gesamte Südchinesische Meer, basierend auf der sog. »Neun-Striche-Linie« aus den 40er Jahren des vorangegangenen Jahrhunderts, wurde zwar jüngst vom Den Haager Schiedsgericht zurückgewiesen, doch die chinesische Regierung hat bereits erkennen lassen, das Urteil ignorieren zu wollen. Einen solchen Rechtsbruch wird die internationale Gemeinschaft, werden vor allem aber die direkt betroffenen Philippinen und Vietnam nicht einfach hinnehmen, ebenso wenig die USA. Gleichzeitig wird China wohl kaum seinen Großmacht- und Hegemonieanspruch im Westpazifik aufgeben, was insgesamt zu einer gefährlichen Lage und der Gefahr einer neuen Thukydides-Falle führt. Schon des Öfteren wurde dazu der Vergleich mit der Situation zwischen dem Britischen Reich und dem aufstrebenden Deutschland am Beginn des 20. Jahrhunderts gezogen, als letztlich ein für diese Länder vergleichsweise nebensächliches Ereignis den Ausbruch des Ersten Weltkrieges bewirkte.

Für die Europäer bedeutet der Rückzug der USA aus Europa und dem Nahen Osten nichts weniger als die Notwendigkeit anzuerkennen, dass sie sich bei der Durchsetzung ihrer Sicherheitsinteressen nicht länger auf Washington verlassen bzw. als »Freerider« (Obama) in dessen Windschatten folgen können, sondern sich endlich emanzipieren und eigene Strategien zur Sicherung ihrer Interessen entwickeln müssen. Dabei allerdings sollten sie überlegter vorgehen, als dies 2011 in Libyen geschah, als auf französisches und britisches Drängen ein militärisches Eingreifen in den Bürgerkrieg beschlossen wurde, dann aber wieder die Unterstützung der Amerikaner notwendig war. So gelang es zwar, den libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi zu stürzen, gleichzeitig wurde ein neues Desaster, ein neuer »*failed state*«, und ein Einfallstor aus Afrika geschaffen, da es nicht gelang, das Land zu stabilisieren,

Nehmen wir als weiteres Beispiel den Nahen und Mittleren Osten: In diesem geostrategisch so bedeutsamen Raum hat sich Europa in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten vornehm zurückgehalten oder ist der Führung der USA gefolgt; von der Entwicklung eigener langfristiger strategischer Überlegungen hinsichtlich des Umgangs mit diesen Nachbarn war und ist es hingegen weit entfernt. Selbst als nach dem verunglückten Krieg der Amerikaner im Irak und dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Syrien sämtliche staatlichen Strukturen in diesen Ländern zusammenbrachen und diese in der Folge zunehmend in Chaos versanken, schauten die Europäer rat- und ideenlos zu. Mittlerweile gibt es keinen irakischen, syrischen oder libyschen Staat mehr, sondern nur mehr eine Vielzahl an Kriegsparteien und Warlords. Wer immer die Möglichkeit hat, zu fliehen, tut dies, und die dadurch ausgelöste Flüchtlingswelle trifft nach Jordanien, dem Libanon und der Türkei mittlerweile auch Europa.

Henry Kissinger meinte kürzlich¹⁶, die Ereignisse in der Levante zeigen, dass die Nahostpolitik der vergangenen Jahre und Jahrzehnte vor einem Scherbenhaufen stehe, der durch Chaos und ein zum Teil infernales Desaster gekennzeichnet sei. Die Militärintervention in Afghanistan wurde abgebrochen, ohne dass das Land tatsächlich stabilisiert werden konnte; Saddam Hussein konnte im Zuge des Irak-Krieges zwar von der Macht entfernt werden, doch danach stürzte das Land zunehmend ins Chaos, aus dem letztlich die Terrororganisation »Islamischer Staat« hervorgehen konnte; der sog. »Arabische Frühling« brachte im Nahen Osten nicht den erhofften Aufbruch, sondern Aufruhr und Unruhen; und Syrien erlebt seit rund fünf Jahren einen blutigen Bürgerkrieg, der die Hälfte der ca. 22 Millionen Syrer in die Flucht trieb, was zu einer Destabilisierung der umliegenden Länder, allen voran Jordanien





und Libanon, führte. Der Jemen und Libyen sind »*failed states*«, gescheiterte Staaten, und der jahrzehntelange Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist aufgrund der anhaltenden israelischen Siedlungspolitik im Westjordanland und seiner Isolierung des Gazastreifens weiter von einer Lösung entfernt als je zuvor. Und nicht zuletzt steht der gesamte Nahe und Mittlere Osten unter dem Einfluss des anhaltenden Konflikts zwischen Schiiten und Sunniten, der zudem instrumentalisiert wird in der machtpolitischen Rivalität zwischen den beiden Protagonisten Iran und Saudi-Arabien.

Tatsächlich reichen die Wurzeln all dieser Konflikte weit in die Vergangenheit zurück; die Geschichte wirft auch hier einen langen Schatten, ohne dass dieser von uns lange Zeit wahrgenommen wurde. Die aktuellen Ereignisse sind nicht nur, aber auch die langfristigen Folgen des unbewältigten Zerfalls des Osmanischen Reiches und der vielfach verunglückten Politik im Umgang mit diesem Erbe. Nahezu hellseherisch erklärte Archibald Wavell, britischer Feldmarschall und späterer Vizekönig von Indien, bereits 1919 in Anbetracht der Ergebnisse der Pariser Friedensverhandlungen und der darin vorgenommenen Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens durch willkürliche Grenzziehungen, diese seien ein »peace to end all peace«¹⁷.

Die Zurückhaltung der Europäer im Nahen und Mittleren Osten mag nach all den Verfehlungen, die sie – namentlich vor allem Briten und Franzosen (Stichwort: Sykes-Picot-Abkommen von 1916) – in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts dort begangen haben, verständlich sein, ändert aber nichts an der Tatsache, dass dieses Gebiet in unserer unmittelbaren Nachbarschaft liegt. Spätestens mit dem »Arabischen Frühling« begann im gesamten Raum ein Ordnungszerfall, der immer noch nicht abgeschlossen ist, und an dessen Ende wohl ein Naher und Mittlerer Osten stehen wird, der mit dem, den wir bisher kannten, nichts mehr zu tun hat.¹⁸ »Wir haben Sykes-Picot vernichtet«, erklärte ein Kämpfer des »Islamischen Staates« im Jahr 2014¹⁹, doch im Augenblick ist noch absolut unklar, wie die neue Ordnung aussehen, geschweige denn, wie und von wem sie aufgebaut werden könnte. Es ist gerade für Europa folglich umso wichtiger, die Neuordnung nicht Kräften wie dem IS zu überlassen, sondern auf Basis unterschiedlicher Szenarien passende Strategien zu entwerfen, um jene Kräfte in der Region zu unterstützen, die eine friedliche und demokratische Entwicklung dieser Länder vorantreiben, ohne dabei aber die Möglichkeiten ihres Einflusses auf die Entwicklungen in diesem Raum zu überschätzen.

Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Europa ...

Die Entwicklung gesamteuropäischer Strategien ist auch schon deshalb notwendig, weil mit der Flüchtlingswelle und dem Islamistischen Terror die Krise des Nahen Ostens mittlerweile in der Mitte Europas angekommen ist.

Lange Zeit hatten sowohl die USA als auch Europa drei gemeinsame Interessen an dieser Region: die Versorgung mit Erdöl, die Eingrenzung des Terrorismus und die Sicherheit Israels. Doch mit der Flüchtlingswelle wird deutlich, dass Europa aufgrund seiner geografischen Lage und auch seiner historisch-kulturellen Verbundenheit weitaus stärker mit dem Schicksal des Nahen und Mittleren Ostens verknüpft ist, als die Vereinigten Staaten dies sind, zumal diese aufgrund intensiver Schiefergasförderung mittlerweile nahezu energieautark sind. Europa muss folglich künftig auch ein zunehmend stärkeres Bewusstsein dafür und Interesse daran haben, dass die Menschen in der Levante und darüber hinaus Lebensbedingungen vorfinden, die sie nicht aus Ver-





zweiflung in Revolution, Bürgerkrieg, Terrorismus und/oder Flucht treiben. Dazu gilt es in erster Linie, neue Strategien zu entwickeln und bisher ungenutzte Wege zu gehen, denn die bisher versuchten, beispielsweise die Unterstützung despotischer Herrscher, um die Bevölkerung dieser Länder »ruhigzustellen«, werden nicht mehr funktionieren, haben es im Übrigen auch in der Vergangenheit nicht wirklich getan.

Im Augenblick aber ist die Union mit der Tatsache konfrontiert, dass in den vergangenen Monaten rund eineinhalb Millionen Flüchtlinge aus Syrien, Afghanistan, Irak und Nordafrika nach Europa kamen; das sind 0,3 Prozent der Einwohnerzahl der 28 EU-Mitgliedsländer. Im Vergleich dazu hat Jordanien mit einer Bevölkerung von 6,5 Millionen Einwohnern rund 1,5 Millionen Flüchtlinge aufgenommen, im Libanon sind es bei einer Gesamtbevölkerung von 4,5 Millionen rund 2 Millionen Flüchtlinge, und in der Türkei etwa 2,7 Millionen. Betroffen von der Flüchtlingswelle nach Europa waren im Wesentlichen drei Zielländer: Deutschland, Schweden und Österreich, obwohl letzteres den größten Teil der Flüchtlinge durchgeschleust bzw. durchgewunken hat. Schon viel länger und stärker betroffen sind jedoch Italien und Griechenland, auf deren Inseln Lampedusa, Lesbos, Samos, Kos und anderen schon seit Jahren tausende Menschen stranden, die wir jedoch die gesamte Zeit über unsolidarisch mit diesem Problem allein im Regen stehen ließen.

Hinzu kommt auch noch die lähmende Bedrohung durch islamistische Terroranschläge, wie jüngst in Paris, Ankara und Brüssel – ein europäisches 9/11 –, wengleich darauf hingewiesen werden muss, dass – bei aller berechtigten Notwendigkeit, ihn zu bekämpfen – der Terror nicht jenes Maß an Bedrohung darstellt, als es dem Ausmaß der lähmenden Angst entspricht, das er erzeugt. Ein Vergleich dazu: Seit 2004 haben islamistische Terroranschläge in Europa – inklusive Russland und der Türkei – etwas mehr als 600 Menschenleben gefordert.²⁰ Das ist eine bedrückende Zahl, zudem aber auch informativ, vor allem wenn man sie vergleicht mit der Zahl der Morde in den USA allein im Jahr 2013 (rund 14.000) oder gar jener der Verkehrstoten in der Europäischen Union (also ohne Russland und Türkei) allein im Jahr 2014, dem Jahr mit der geringsten Zahl an Verkehrstoten überhaupt; diese Zahl beträgt mehr als 25.700! Dieser Vergleich soll die Gefahr des Terrorismus weder verharmlosen noch das damit verbundene Leid geringschätzen oder kleinreden. Dennoch ist es wichtig, das richtige Augenmaß zu bewahren, nicht zuletzt, um angemessene und damit treffsichere Lösungen für das Problem finden zu können. Es sei daher an die Worte des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt erinnert, der 1933 in seiner Inauguralrede feststellte: »The only thing we have to fear is fear itself«²¹. Und auch wenn die Gewährleistung von Sicherheit zu den wichtigsten Aufgaben eines Staates zählt, so bestehen diese doch gleichzeitig auch in der Sicherung der persönlichen Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger. Wer Freiheit und Sicherheit gegeneinander ausspielt, wer also – in Benjamin Franklins Worten – »die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, der wird am Ende beides verlieren«²². Wenn zudem immer wieder betont wird, dass die Terroristen die westlichen Werte – angefangen bei der Demokratie über die garantierte Religionsfreiheit und die Gleichstellung der Geschlechter bis hin zur Meinungsfreiheit – zerstören wollen, so muss im Gegenzug darauf verwiesen werden, dass die Terroristen uns wegen dieser Werte zwar angreifen, sie aber nicht abschaffen können; das können nur wir selbst, und tun es auch bereits, indem wir zunehmend Sicherheit vor Freiheit stellen, und Fremdenfeindlichkeit vor Toleranz. Ereignisse wie jene zu Silvester in Köln müssen mit allen gebotenen Mitteln der Rechtsstaatlichkeit





verfolgt werden, dürfen aber nicht zu einer Pauschalverurteilung der Flüchtlinge oder – noch genereller – aller Muslime führen. In diesem Fall nämlich würden wir genau jene Werte, die zu verteidigen wir vorgeben, selbst zerstören und uns damit zu Erfüllungsgehilfen gerade jener Kräfte machen, die wir bekämpfen wollen. Auch müssen wir begreifen, dass es sich bei den Attacken des IS und anderer islamistischer Terrorgruppen um Angriffe handelt, die – wenngleich notwendigerweise lokal durchgeführt – sich nicht gegen einzelne europäische Städte oder Länder richten, sondern gegen die Europäische Union und das, wofür sie steht. Der Abwehrkampf muss, um erfolgreich sein zu können, daher gesamteuropäisch und auf gemeinsamer rechtsstaatlicher Basis geführt werden.

Doch im Augenblick ist die Europäische Union weit von einer gemeinsamen Haltung in diesen Fragen entfernt. »L'Europe n'existe pas« hieß es kürzlich in der *Neuen Zürcher Zeitung*: »kein geeinter Kontinent, sondern nur noch die Summe seiner Ängste und Antipathien.«²³ Illiberale Kräfte in ihren eigenen Reihen – nicht nur, aber vor allem die ungarische Regierung unter Victor Orbán, aber auch andere Visegrád-Staaten, die durch sukzessiven Abbau der Rechtsstaatlichkeit und Unterdrückung der Medien und der Opposition im eigenen Land gerade jene Werte aushöhlen, für die die EU steht – treiben die Union vor sich her und machen sie zunehmend handlungsunfähiger. Nationalismus, Populismus, vor allem aber Provinzialismus prägen Denken und zunehmend auch Handeln. Doch der aktuell immer öfter und lauter geforderte Bau einer »Festung Europa«, mittlerweile sogar wieder mit jedem europäischen Staat als eigener Wagenburg, ist kein vernünftiger Ersatz für die so dringend notwendige strategische Planung, und ist garantiert auch nicht zielführend bei dem Versuch, Europas Sicherheit, Stabilität und Wohlstand zu bewahren. Denn wenn etwas aus der Geschichte gelernt werden kann, dann dass der Bau von Mauern und die Abriegelung mit Stacheldraht insgesamt nicht nur mehr Nachteile bringen, als sie zur Lösung des Problems beitragen, sondern dass sie in letzter Konsequenz auch die Erteilung des Schussbefehls bedeuten. Das haben alle historischen Beispiele, von der Berliner Mauer und dem Eisernen Vorhang bis zur Chinesischen Mauer, gemeinsam. Der Schweizer Schriftsteller und Dramatiker Max Frisch zeigte in seinem Stück »Die Chinesische Mauer«, wie der Kaiser mit dem Bau dieser Sperre zur Friedenssicherung beitragen wollte, indem diese »die Zeit aufhalten«²⁴ und so die Zukunft verhindern sollte. Doch was kurzfristig als Lösung erschien, führte schließlich zu Isolation, Rückwendung und politischem wie wirtschaftlichem Abstieg.

»Je eigenbrötlicher sich die Europäer gebärden, umso mehr schmälern sie ihre Chancen, die eigenen Vorstellungen durchzusetzen«, warnte die *Neue Zürcher Zeitung*.²⁵ Und dies angesichts der Tatsache, dass Europa schon aufgrund der bevorstehenden geopolitischen und geoökonomischen Verschiebungen an Bedeutung verlieren wird. Hans Rosling vom renommierten schwedischen Karolinska-Institut hat dazu das Bild eines Pin-Codes der Welt entworfen: Dieser lautet aufgrund der aktuellen Weltbevölkerung von sieben Milliarden Menschen noch 1114, d.h. rund eine Milliarde Menschen in Europa, eine Milliarde in Amerika, eine Milliarde in Afrika und vier Milliarden in Asien. Am Ende dieses Jahrhunderts, so die Voraussagen der Bevölkerungsexperten der Vereinten Nationen, könnte die Weltbevölkerung 11 Milliarden Menschen betragen. Der Pin-Code der Welt würde laut Rosling dann 1145 lauten: immer noch je eine Milliarde in Europa und Amerika, jedoch vier Milliarden in Afrika und fünf Milliarden in Asien. Europäer und Amerikaner, die in den vergangenen





vier Jahrhunderten das Weltgeschehen maßgeblich gestaltet haben, werden somit jeweils weniger als 10 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, Afrikaner und Asiaten gemeinsam hingegen mehr als 80 Prozent.

Man stelle sich nur vor, jedes einzelne europäische Land müsste für sich allein bei den Klimaverhandlungen auftreten – gegenüber den großen Akteuren USA, China und bald auch Indien und Brasilien. Wie groß wären wohl die Chancen für die Niederländer, die Ungarn, die Schweden oder die Polen – die Auswahl ließe sich beliebig fortsetzen –, eigene Interessen bei der Definition von Klimazielen durchsetzen zu können? Selbst die großen europäischen Länder wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien wären chancenlos und letztlich zu Zaungästen degradiert.

Aktuelles Beispiel aus einem anderen Bereich: Die Unfähigkeit der Europäer zur Einigkeit hat dazu geführt, dass die Union bei der Flüchtlingsfrage mittlerweile auf den guten Willen jenes Landes angewiesen ist, das bereits in der Vergangenheit die Flüchtlinge für seine eigene Syrien-Politik zu instrumentalisieren versuchte: die Türkei.

Die Türkei ist, ähnlich wie Russland, eine jener Regionalmächte, deren Außenpolitik die europäische Sicherheitslage maßgeblich mitbestimmen. Zudem sind auch sämtliche Herausforderungen im Nahen und Mittleren Osten nicht ohne die Türkei zu meistern – vom Syrien-Konflikt über die Kurden-Frage bis eben zur Lösung der Flüchtlingsproblematik. Präsident Erdoğan hat schon kurze Zeit nach Ausbruch des syrischen Bürgerkrieges seiner Hoffnung auf einen baldigen Sieg der Rebellen und eine Machtablöse des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad Ausdruck verliehen, indem er erklärte, in Kürze das Ritualgebet in der Omayyaden-Moschee von Damaskus verrichten zu wollen. Seine tatkräftige Unterstützung der sunnitischen Rebellen und die großzügige Aufnahme von Flüchtlingen sollten sicherstellen, dass die Türkei nach dem Krieg zur dominierenden Macht in der Region wird.²⁶

Die im März 2016 von der EU mit Ankara getroffenen, gleichzeitig aber höchst umstrittenen Vereinbarungen zeigen deutlich, wie sehr Flüchtlinge schon zu einem Mittel der Politik geworden sind.²⁷ So nutzte Ankara die Flüchtlingsfrage zur Durchsetzung von Forderungen, die mit diesem Thema an sich nichts zu tun haben, vor allem der Aufhebung der Visapflicht für türkische Staatsbürger. Diese bringt Ankara bei der eigenen Bevölkerung großen Prestigegewinn, könnte für Europa aber zum Problem werden, wenn etwa die Kurden-Frage noch virulenter wird und ein Krieg der türkischen Armee gegen die kurdischen Gebiete im Südosten des Landes weitere Flüchtlingsströme produziert.

Die Türkei, die nach einer längeren Annäherungsphase an die EU schließlich von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel und dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy auf demütigende Weise brüskiert und zurückgewiesen wurde, und gegenüber der man sich von Seiten der EU nun in der Flüchtlingsfrage zu Kotauverhalten veranlasst sieht, ist mittlerweile unter Präsident Recep Tayyip Erdoğan ein schwieriges Gegenüber. Der von der türkischen Regierung im Anschluss an das Attentat am Flughafen von Istanbul, vor allem aber nach dem gescheiterten Militärputsch eingeschlagenen Weg, inklusive der Diskussion über die Wiedereinführung der Todesstrafe, muss Europa mehr als beunruhigen. Auch die jüngsten Kämpfe zwischen der türkischen Armee und kurdischen Milizen, die die USA zu einem »Ordnungsruf« veranlassten, sich doch auf den IS als gemeinsamen Gegner zu konzentrieren, lassen vermuten, dass die Türkei den Konflikt in Syrien dazu benutzen will, die Kurden entscheidend zu schwächen und mögliche Vereinigungsbestrebungen der Kurdengebiete zu unterbin-





den. Dies sollte den Westen weniger überraschen als es tut, ebensowenig wie die Tatsache, dass auch die Kurden – wenngleich (bisher) wichtige Verbündete des Westens im Kampf gegen den IS – letztlich für ihre eigenen Interessen kämpfen. Das Ziel eines kurdischen Staates, welches im Zuge der Neuordnung nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches zum Greifen nahe schien, wurde nie völlig aus den Augen verloren, wenngleich heute durchaus unterschiedliche Interessen auf Seiten der türkischen, syrischen, irakischen oder iranischen Kurden bestehen.

Dennoch wäre eine Isolierung der Türkei am Rande Europas ein verheerender Fehler. Innerhalb der NATO ist die Türkei das Mitglied mit der – nach den USA – zweitgrößten Streitmacht und daher trotz der nach wie vor bestehenden Spannungen mit Griechenland ein wichtiger Partner, weil Eckpfeiler, im Verteidigungsbündnis. Geopolitisch und aufgrund seiner muslimischen Bevölkerungsmehrheit ist das Land zudem eine wichtige Brücke zwischen Europa und der Arabischen Welt, zumal die Türkei in den vergangenen Jahren ihren Einfluss in diesem Raum auszubauen versuchte. Und nicht zuletzt ist die Türkei – ebenso wie Russland – unverrückbar. Die Begegnung mit der politischen Führung dieser Staaten auf Augenhöhe ist daher notwendig. Gleichzeitig aber darf und kann, wie der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer kürzlich betonte, »der Preis für diese Partnerschaft (...) niemals die Aufgabe der eigenen demokratischen Prinzipien sein.«²⁸ Dennoch muss Europa alleine aus Gründen der eigenen Sicherheitspolitik gravierendes Interesse an tragfähigen Beziehungen zu beiden Ländern haben. Mit seinem Verhalten gegenüber der Türkei hat sich Österreich trotz aller berechtigten Kritikpunkte ein weiteres Mal in der EU völlig isoliert. Österreich handelt mit einer solchen Politik, flankiert von einer zunehmenden EU-Skepsis samt Öxit-Phantasien, der Ablehnung von CETA und TTIP wider seine sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen Eigeninteressen. Auf diese Weise gefährden wir unser hohes Niveau an Wohlstand, Wohlfahrt und Lebensqualität.

... allerdings auch ein reformiertes Europa!

Der aktuelle Krisendauermodus, in dem Europa sich seit mehreren Jahren befindet, lässt leicht vergessen, dass die Integration Europas und ihr institutioneller Kern, die Europäische Union, eine große Erfolgsgeschichte sind, der, wie eingangs erwähnt, auch der Friedensnobelpreis gewidmet war. Die Einigung Europas als Antwort auf die Verheerungen der beiden Weltkriege mit ihren Millionen Toten, die Wirren der Zwischenkriegszeit, und die Abwehr der sowjetischen Bedrohung schuf den Rahmen, innerhalb dessen seine Mitglieder jahrzehntelangen Frieden und einen unglaublichen wirtschaftlichen Aufstieg erlebten.

»Ein starkes, geeintes Europa ist eine Notwendigkeit für die gesamte Welt, weil ein integriertes Europa für unsere internationale Ordnung von maßgeblicher Bedeutung ist«²⁹, erklärte US-Präsident Barack Obama anlässlich seiner Deutschland-Reise im April 2016. Doch Europas Einigung ist »eine unvollendete Geschichte«.³⁰ Noch immer präsentiert sich die EU nicht als europäische Einheit, wobei aktuell das Fehlen einer gemeinsamen Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik, einer gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik, vor allem aber das Fehlen einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die mehr im Blick hat als allein die Sicherung ökonomischer Interessen, als eklatanteste Mängel zu Tage treten. Schon vor Jahrzehnten sprach Egon Bahr davon, dass Europa »wirtschaftlich ein Riese, politisch ein





Zwerg und militärisch ein Wurm« sei. Dabei hängt die Handlungsfähigkeit der Europäer auf globaler Ebene heute mehr denn je von ihrem gemeinsamen Auftreten ab, nicht zuletzt, um den sie umgebenden »*Ring of Fire*« langfristig wenn schon nicht in einen »*Ring of Friends*«, so doch zu einem »*Ring of Partners*« verwandeln zu können. Immerhin steht, so der ehemalige deutsche Kanzler Helmut Schmidt, »in diesem Jahrhundert die Selbstbehauptung der europäischen Zivilisation auf dem Spiel«³¹.

Darüber hinaus braucht es das gemeinsame Auftreten aber auch, damit die Europäische Union ihre aktuelle Krise überlebt und ihre Mitglieder nicht wieder zurückfallen in eine Kleinstaaterei, die ihnen im Zeitalter der Globalisierung weder politisch noch wirtschaftlich jene Handlungsfähigkeit zurückgeben würde, die sich die Kräfte der Desintegration erhoffen. Wie der US-Soziologe Daniel Bell bereits in den 80er Jahren feststellte: »The nation-state is becoming too small for the big problems of life, and too big for the small problems of life.«³² Es gilt daher, was Mark Twain gesagt hat: »Either we hang together or we'll hang separately!«

Eine besondere Rolle kommt dabei Deutschland zu, welches seit der Wiedervereinigung und der EU-Osterweiterung zur »Macht in der Mitte«³³ geworden ist. Diese Position ist jedoch nicht nur eine geografische, wie Münkler betont, sondern vorerst eine politische, »in der sich erhöhter Einfluss mit gesteigerter Verantwortung verbindet, in der ein Mehr an Macht mit einem Mehr an Verpflichtung zusammenkommt,« und welche permanente Anstrengung erfordert, »um den politischen und wirtschaftlichen Raum, dessen Mitte sie ist, in der Balance zu halten«³⁴ angesichts stärker werdender Zentrifugalkräfte.

Dass dies nicht ohne zunehmend gefährliche Spannungen abläuft, wird nirgends deutlicher als in der durch Griechenland evozierten und nach wie vor ungelösten sog. »Euro-Krise«: Seit die griechische Regierung im April 2010 die drohende Zahlungsunfähigkeit ihres Landes bekanntgab, löste in Brüssel eine Krisensitzung die nächste ab und wurden »Rettungsschirme« aufgespannt, ohne jedoch eine tatsächlich für alle tragfähige und damit auch dauerhafte Lösung finden zu können. Dass Deutschland dabei die tragende Rolle spielt, mit welcher es sich selbst manchmal noch schwer tut, weckte zwar so manche alten Ängste, verdeutlicht aber auch die Tatsache, dass ohne Deutschland weder die Rettung Griechenlands noch die des Euro möglich ist. Mittlerweile setzt sich – wenn gleich auch noch nicht offiziell verlautbart – immer stärker die Erkenntnis durch, dass die gegenwärtige Konstruktion des Euro wirtschaftlich schwächere Länder wie Griechenland, aber auch andere, in eine Schuldknechtschaft zwingt, aus der diese nur schwer wieder herauskommen, während wirtschaftlich starke Länder, allen voran Deutschland, nicht länger ihr Geld in einem Fass ohne Boden versenken und damit *Danaidenarbeit*³⁵ leisten wollen. Eine tragfähige Lösung kann nur gefunden werden, wenn diese Tatsachen ebenso Beachtung finden wie die nationalen Befindlichkeiten und Ängste.

Ein weiteres Beispiel hierfür ist die in den letzten Wochen wieder virulent gewordene Situation, in welcher sich die Banken in Italien befinden. Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) entfällt von den fast eine Billion Euro an faulen Krediten in der Euro-Zone rund ein Drittel auf Italiens Banken. Die Kapitalrendite der italienischen Banken ist gering, folglich werden nur wenige Kredite vergeben, was das Wirtschaftswachstum bremst; das geringe Wirtschaftswachstum aber belastet wiederum die Banken.

Aktuell ist der Unmut bezüglich der Situation in Griechenland und Italien auf allen Seiten entsprechend groß und realisiert sich im immer stärkeren Zulauf für radikale Gruppierungen und Parteien auf linker wie auf rechter Seite. So heißt es im »Vater





Unser« zwar: »Und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unseren Schuldigern«, doch davon sind wir noch weit entfernt. Dies mag nicht zuletzt auch an der in der deutschen Sprache großen Ähnlichkeit der Begriffe »Schulden« und »Schuld« liegen. Während im Englischen die moralische »Schuld« mit dem Begriff »*guilt*« klar abgrenzbar ist von »*debt*« als Bezeichnung für pekuniäre »Schulden«, wird in der deutschen Sprache sehr häufig eine ökonomische Beziehung, wie sie durch »Schulden« hergestellt wird und die einzig auf Leistungspflichten basiert, in die Nähe eines moralischen oder rechtlichen Vergehens gerückt, durch welches »Schuld« entsteht. »Schuld« aber ist immer das Ergebnis individuellen Fehlverhaltens, und damit etwas persönliches, nicht aber etwas, das kollektiv der gesamten Bevölkerung eines Staates vorgeworfen werden kann.

Soll die gemeinsame Währung und mit ihr die Europäische Union gerettet werden, ist zudem mehr erforderlich als etwa ein Schuldenschnitt für Griechenland. Die schon bei Einführung des Euro, in der Folge der Krise dann wieder gehäuft vertretene Meinung, die Einführung einer gemeinsamen Währung hätte einen weitgehenden wirtschaftlichen Gleichstand aller teilnehmenden Länder vorausgesetzt, ist eine Hypothese, die sich am Beispiel der USA bzw. deren einzelnen Mitgliedstaaten falsifizieren lässt. Die einzelnen Bundesstaaten bzw. wirtschaftlichen Regionen der USA weisen ein ebenso uneinheitliches wirtschaftliches Standortspektrum auf wie die Eurozone. Der Konstruktionsfehler des »Euro« ist ein anderer: Eine gemeinsame Währung erfordert entweder einen gemeinsamen Staat (wie im Fall der USA) mit entsprechenden Ausgleichsmechanismen zwischen den Regionen oder aber zumindest währungs- und fiskalpolitisch handlungsfähige gemeinsame Institutionen, – also ein Mindestmaß an koordinierter Finanzpolitik –, sowie eine Bankenunion und letztlich auch ein Mindestmaß einer Transferunion. Aus der Negierung dieser Bedingung entstand ein schwerer Architekturfehler, der durch die Kriterien von Maastricht nur ungenügend kompensiert wurde. Und selbst die Maastrichtkriterien wurden nicht eingehalten, als erstes jedoch von Deutschland und Frankreich, während Griechenland schon unter falschen Angaben beitrug. Die Entwicklung der vergangenen Jahre hat jedenfalls gezeigt, dass die Einführung des Euro und der Schengen-Raum ambitionierte Projekte waren, die jedoch, da sie als Vorausschritt und nicht als Folge einer politischen Union umgesetzt wurden, scheitern mussten, sobald sich die Rahmenbedingungen verschlechterten. Wenngleich der »gradualistische Ansatz«, also die zunehmende europäische Integration durch eine Abfolge kleinerer Schritte vor allem auf ökonomischer Ebene, durchaus über längere Zeit funktionierte, hätte gleichzeitig klar sein müssen, dass derart weitreichende Maßnahmen wie die gemeinsame Währung oder die durch Schengen garantierte Reisefreiheit nur funktionieren können, wenn auch die damit zusammenhängenden Politikbereiche – Wirtschafts- und Fiskalpolitik einerseits, Sicherheits- und Migrationspolitik andererseits – bereits vereinheitlicht sind – im Rahmen einer *föderal* organisierten EU. So aber wurde das Pferd von hinten aufgezäumt und lief zwangsläufig in die verkehrte Richtung.

Wird das Jahr 2016 das Schicksalsjahr für die Europäische Union? – Der »Brexit« als Weckruf

Schon vor Ausbruch der Finanzkrise wuchs in vielen Mitgliedsländern das Misstrauen der Bevölkerung gegenüber Brüssel, geschürt oftmals durch die nationalen





Regierungen, mehr noch aber von extremistischen und populistischen Parteien. Deutlich wurde die Europaskepsis bereits bei den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden, die den im Oktober 2004 von den Regierungschefs aller Mitgliedstaaten unterzeichneten »Vertrag über eine Verfassung für Europa« zu Fall brachten, und jüngst – im April 2016 – auch wieder im negativen Referendum in den Niederlanden und damit der Ablehnung des Assoziierungsabkommens der EU mit der Ukraine. Inzwischen sind die Kräfte der Desintegration so stark wie nie zuvor, und obwohl jede der angeführten Herausforderungen – vom neuen Machtstreben Russlands, den tektonischen Umbrüchen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Nord- und Westafrika und der dadurch ausgelösten Flüchtlingskrise bis zur Notwendigkeit der wirtschaftlichen Stabilisierung Europas – nur gemeinsam bewältigt werden können, findet die Union just in diesem Moment keine gemeinsame Linie.

Nicht zuletzt ist dies auch eine Folge jenes »Kollaps der politischen Mitte«, wie er von der Philosophin Chantal Mouffe beschrieben wird: »Wenn es in der Mitte keine Unterschiede mehr gibt, dann überlässt man das Terrain denen, die sagen: Nein, es gibt schon eine Alternative.«³⁷ Wenn die gemäßigten Parteien keine Antworten auf drängende Fragen bieten können, wenden sich viele Menschen an extremistische und/oder populistische Parteien. Der steigende Zulauf zu linksradikalen, vor allem aber rechtsextremen Parteien und Gruppierungen in nahezu ganz Europa bestätigt diese These.

Mit dem im Juni dieses Jahres per Referendum beschlossenen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union – Stichwort »Brexit« – ist nun der vorläufige Höhepunkt der Desintegrationsbestrebungen erreicht. Von Premierminister David Cameron als Befreiungsschlag innerhalb seiner eigenen Partei gedacht, wurde die Abstimmung zum Bumerang, dem sehr rasch der Katzenjammer folgte. Denn unabhängig von den noch nicht absehbaren mittel- und langfristigen wirtschaftlichen Folgen für das Land bedeutet der »Brexit« vor allem auch auf politischer Ebene ein Erdbeben mit vorerst unabsehbaren Konsequenzen. Die großen Parteien – Tory und Labour – sind gespalten, Schottland diskutiert erneut die Loslösung vom Königreich, der fragile und mittels EU-Geldern finanzierte Friede in Nordirland könnte wieder zusammenbrechen, und mehr als vier Millionen – in der überwiegenden Mehrzahl jüngere – Briten verlangten in einer Petition bereits die Wiederholung des Referendums. Und selbst die Anführer der »Brexit«-Bewegung sind sich nach dem Volksentscheid nicht mehr ganz so sicher, ob das Land nach der Loslösung von der EU tatsächlich die »glorreiche Chance«³⁶ auf eine bessere Zukunft hat, von der der ehemalige Londoner Bürgermeister und »Brexiteer« Boris Johnson noch jüngst gesprochen hatte, und haben es plötzlich nicht mehr ganz so eilig mit dem Verlassen der Union.

Seit seinem Beitritt zur (damals noch) Europäischen Gemeinschaft im Jahr 1973 nahm Großbritannien eine Sonderrolle ein. Die Beweggründe für den vom damaligen Tory-Premierminister Edward Heath vollzogenen Beitritt waren – anders als bei Deutschland und Frankreich – nicht politischer, sondern zuallererst wirtschaftlicher Natur. Entsprechend stand das Land einer zunehmenden politischen Integration stets ablehnend gegenüber und versuchte, seine nationale Souveränität soweit wie möglich unangetastet zu lassen, vor allem durch Opt-Outs beim Schengenraum, in den Bereichen Innen- und Justizpolitik, bei der Charta der Grundrechte der EU und insbesondere bei der Eurozone. Die erst im Februar 2016 ausgehandelte Sonderausnahme hielt zudem definitiv fest, dass Großbritannien sich nicht an einer weiteren politischen





Integration der EU beteiligen würde, womit sich das Land selbst bei einem Verbleib in der Union von einer weiteren Vertiefung abgekoppelt hätte.

**»Als wär's ein Abbild unseres Staats, wenn unser meerumzäunter Garten voll
Unkraut steht, sein Blumenflor erstickt ist.«³⁸**

Über die letzten rund tausend Jahre ihrer gemeinsamen Geschichte waren die Verbindungen und das Verhältnis zwischen der britischen Insel und dem europäischen Festland mal enger, mal weiter; es waren »thousand years of conflict and cooperation«³⁹. Zuletzt wurde im Vorfeld des Referendums unter einigen Historikern in Großbritannien wieder eine hitzige Debatte geführt, wie »europäisch« der Inselstaat tatsächlich sei, und ob UK nicht einen »distinctive character« habe, »rooted in its largely uninterrupted history since the Middle Ages«⁴⁰. Doch wann immer sich Großbritannien von Europa abwandte, war dies zum Nachteil beider Seiten. Premierminister Cameron selbst warnte noch wenige Wochen vor dem Referendum seine Landsleute mit den Worten: »Isolationism has never served this country well. Whenever we turn our back on Europe, sooner or later we come to regret it. We have always had to go back in, and always at a much higher cost.«⁴

Für die Europäische Union wiederum bedeutet der Austritt Großbritanniens nicht nur eine bedeutende Schwächung durch den Verlust von rund 65 Millionen Einwohnern und deren enormer Wirtschaftskraft, sondern auch ein weiteres massives Risiko für ihren Zusammenhalt. Jede »Scheidung« ist schwierig und mit massiven Nachteilen für beide Seiten verbunden; umso wichtiger daher, dass ein »Rosenkrieg« verhindert wird. Zudem aber könnte das Ausscheiden der Briten in der EU einen Dominoeffekt auslösen, gilt es doch vielen rechtspopulistischen und nationalistischen Parteien als Signal, ihr Heil wieder in nationalen Alleingängen zu suchen. »Die eigentlichen Ursachen für die Ablehnung Europas reichen tief: die Wiederkehr des Nationalismus und der Mythen von einer goldenen Vergangenheit der Nationalstaaten, ethnisch und politisch homogen und ganz ohne die Zwänge der Kompromissmaschine namens Brüssel, ohne Globalisierung, von der zwar die Mehrheit der Europäer in ihren Sozialstaaten sehr gut lebt, sie gleichwohl aber grässlich findet«⁴¹, befand der ehemalige deutsche Außenminister und Vizekanzler Joschka Fischer. Und so reichen bereits von den Niederlanden über Belgien und Dänemark bis Österreich – Stichwort »Öxit« – die Stimmen, die für ihre Länder ebenfalls Abstimmungen über einen Austritt aus der Union fordern. Sollte es dann tatsächlich auch in Frankreich – einem der Initiatoren des europäischen Einigungsprozesses – zu dieser Entscheidung kommen, wie von Marine Le Pen, der Vorsitzenden des *Front National* und aussichtsreichen Kandidatin für die französischen Präsidentschaftswahlen 2017 bereits gefordert, wäre dies das Ende der EU und damit des bislang erfolgreichsten politischen Modells zur Friedenssicherung in Europa.

Und all dies, obwohl die EU-Gegner die wesentlichste Antwort bisher schuldig blieben, auf die Frage nämlich: Austritt – wohin? Anders formuliert: was soll nach der Europäischen Union kommen? »Sein Heil im Nationalstaat zu suchen«, so Joschka Fischer, »läuft auf eine sich selbsterfüllende Niedergangsprophetie hinaus«⁴². Auch der britische Historiker Brendan Simms verwies auf den Umstand, dass die Rückkehr zum Nationalstaat mit nationalen Währungen nicht zwingend auch wirklich nationale Souveränität bedeutet: »Für echte Souveränität braucht man eine





gewisse Masse und Kohärenz, ein Gewicht in der Welt.« Und so könnte auch in Großbritannien sehr schnell die Euphorie des »independence day«⁴³ der bitteren Erkenntnis weichen, dass das Land künftig allein den rauen Stürmen des Weltmarktes ausgesetzt ist.

Auf Seiten der Europäischen Union wiederum ist die Einsicht notwendig, dass hinter dem »Brexit« weit mehr als nur die Abwendung der Briten von Europa steht. Frank Luntz brachte es im *TIME Magazine* auf den Punkt: »The Brexit question represents a political conflict rapidly spreading across the globe: Do hardworking, taxpaying citizens fundamentally trust or reject half a century of globalization and integration? Or is it time for a rethinking and redrawing of our political and economic system from the ground up?«, denn immer öfter stellen viele Wähler fest: »We aren't feeling the benefits you promised in our daily lives.« Damit ist aber auch klar, dass der Brexit erst der Beginn ist »of a debate the developed world is about to have with itself – not the end.«⁴⁴

Insofern ist das britische Referendum eine Wasserscheide für die Zukunft Europas: entweder als Signal und Ausgangspunkt für eine fundamentale Neuausrichtung – inklusive Reform der Institutionen – oder als Zeichen, dass die europäische Integration ihren Zenit überschritten hat. Um als Friedens- und Wohlstandsprojekt weiter Bestand zu haben, muss die EU sich neu aufstellen, eingedenk des Ausspruchs von Jacques Delors, des ehemaligen Kommissionspräsidenten und »Architekten« des Vertrags von Maastricht, wonach man »einen Binnenmarkt nicht lieben kann,«⁴⁵ und es daher gelingen muss, Europa auch »eine Seele zu geben, es (...) (also) mit einer tieferen Bedeutung zu versehen«⁴⁶ und ein positives Narrativ anzubieten. Delors wusste, dass das Projekt Europa letztlich nur mit Unterstützung der Bürger umgesetzt werden kann, und dass es dazu einer Zielvorstellung bedarf, die den Menschen lohnens- und erstrebenswert erscheint.

Bei Nicht-Gelingen dieser Herausforderung und einem Rückfall in nationalistische Kleinstaaterei wären die Folgen jedenfalls verheerend, denn kein einziges europäisches Land kann allein den Herausforderungen erfolgreich begegnen, die die globalen Entwicklungen – neben der Globalisierung auch noch der Klimawandel und der technologische Wandel, vor allem die Digitalisierung – mit sich bringen. Zu Recht erinnerten die beiden Historiker Brendan Simms und Benjamin Zeeb kürzlich daran, dass erfolgreiche staatliche Unionen – wie vor allem die Vereinigten Staaten von Amerika – »nicht durch schrittweise Konvergenzprozesse unter verhältnismäßig günstigen Umständen entstanden sind, sondern durch Brüche in extremen Krisenzeiten. (...) Es sind Ereignisse, nicht *Prozesse*, die sie zustande bringen.«⁴⁷

Ein solches Ereignis könnte das Ergebnis jener Krisensituation sein, in der sich die Europäische Union aktuell befindet. In jedem Fall sind Konrad Adenauers Worte aus dem Jahr 1954 heute aktueller denn je: »Die Einheit Europas war ein Traum von wenigen. Sie wurde eine Hoffnung für viele. Sie ist heute eine Notwendigkeit für uns alle«⁴⁸.

(Dieser Beitrag wurde Anfang September 2016 abgeschlossen)

Anmerkungen

¹ http://nobelpeaceprize.org/en_GB/laureates/laureates-2012/announce-2012/.

² Fukuyama 1989.

³ Münkler 2016 (S. 21 f).



- ⁴ Münkler 2016 (S. 22).
- ⁵ Münkler 2016 (S. 22 f).
- ⁶ Münkler 2016 (S. 26).
- ⁷ Münkler 2016 (S. 26 f).
- ⁸ Egon Bahr in einem Interview für das Schweizer Radio 1999, online unter: <http://www.srf.ch/news/international/egon-bahr-93-jaehrig-gestorben>.
- ⁹ »Eine Frage der Glaubwürdigkeit«, in: Zeit Online, 27. April 2005; online unter: http://www.zeit.de/2005/17/Putin_Rede.
- ¹⁰ »Ein Hauch von Kaltem Krieg«, online unter: <https://www.securityconference.de/ueber-uns/muenchener-momente/ein-hauch-von-kaltem-krieg/> (letzter Abruf am 20.6.2016); siehe auch: »Kein Grund zur Beruhigung«, in: Zeit Online, 9. Februar 2007; online unter: <http://www.zeit.de/online/2007/07/Putin-Sicherheitskonferenz>.
- ¹¹ Münkler 2015b (S. 14).
- ¹² Simms/Zeeb 2016 (S. 27).
- ¹³ »Medwedjew spricht von »neuer Ära des Kalten Krieges«, in: Süddeutsche Zeitung Online, 13. Februar 2016; online unter: <http://www.sueddeutsche.de/politik/muenchener-sicherheitskonferenz-medwedjew-spricht-von-neuer-periode-des-kalten-krieges-1.2862350>.
- ¹⁴ Winkler 2015 (S. 179).
- ¹⁵ Obama, in: Goldberg 2016 (S. 87 und 89).
- ¹⁶ Kissinger, Henry (2015): A Path Out of the Middle East Collapse. In: The Wall Street Journal, Ausgabe vom 16. Oktober 2015.
- ¹⁷ Fromkin 2009 (S. VII).
- ¹⁸ Perthes 2015 (S. 9).
- ¹⁹ zit. nach: Marshall 2016 (S. 149).
- ²⁰ <http://www.bundestag.de/blob/418594/cfd1dc002bbb94203fe310699eb28220/islamistische-terroranschlaege-in-europa-data.pdf>.
- ²¹ Roosevelt, zit. nach: Otey 2009 (S. 252).
- ²² They who can give up essential liberty to obtain a little temporary safety, deserve neither liberty nor safety.« Zit. nach: Franklin/Franklin 1818 (S. 333 f).
- ²³ Gujer 2016.
- ²⁴ Frisch 1964 (S. 7).
- ²⁵ Gujer 2016.
- ²⁶ Seufert 2015 (S. 6).
- ²⁷ Dieser Vorwurf richtet sich im Übrigen auch gegen Russland, dessen Luftwaffe an der Seite der syrischen Streitkräfte intensive Bombardements durchführte, was in Europa den Verdacht laut werden ließ, dass auf diesem Weg zehntausende Menschen in die Flucht getrieben werden sollten, um Europa weiter unter Druck zu setzen und zu spalten.
- ²⁸ Fischer 2016a.
- ²⁹ Obama 2016, online unter: <http://blogs.usembassy.gov/amerikadienst/2016/04/25/ein-geeintes-europa>.
- ³⁰ Loth 2014.
- ³¹ Schmidt 2013 (S. 8).
- ³² Bell 1987.
- ³³ Münkler 2015a.
- ³⁴ Münkler 2015a (S. 9).
- ³⁵ Danaidenarbeit: benannt nach den Töchtern des Danaus, die der griech. Sage nach zur Strafe für ihren Gattenmord in der Unterwelt dazu verurteilt waren, ein durchlöcheres Fass voll zu schöpfen und damit eine langwierige und mühselige, gleichzeitig aber fruchtlose Arbeit leisten mussten.
- ³⁶ Mouffe, Chantal (2015): »Das System der Mitte kollabiert.« In: Der Standard, Ausgabe vom 10. Mai 2015.
- ³⁷ »Bestürzung in Europa über Brexit-Entscheidung.« In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Ausgabe vom 25. Juni 2016.
- ³⁸ Shakespeare, Richard II, 3. Akt, 4. Szene.
- ³⁹ Simms 2016.



- ⁴⁰ Rachman 2016, online unter: <http://www.ft.com/cms/s/0/86c8faa8-1696-11e6-9d98-00386a18e39d.html>.
- ⁴¹ Cameron 2016, online unter: <https://www.gov.uk/government/speeches/pm-speech-on-the-uks-strength-and-security-in-the-eu-9-may-2016>.
- ⁴² Fischer 2016b.
- ⁴³ Fischer 2016b.
- ⁴⁴ so Nigel Farage, der Vorsitzende der United Kingdom Independence Party (UKIP) nach Bekanntwerden der »Brexit«-Entscheidung; siehe: <http://www.bbc.com/news/uk-politics-eu-referendum-36613295>.
- ⁴⁵ Luntz 2016.
- ⁴⁶ Zitiert nach: Schwall-Düren 2015 (S. 114).
- ⁴⁷ »If in the ten years ahead of us we do not succeed in giving Europe its soul, a spiritual dimension, true significance, then we will have been wasting our time. That is the lesson of my experience. Europe cannot live by legal arguments and economic know-how alone. The potential of the Maastricht Treaty will not be realized without some form of inspiration.« Commission of the European Communities 1992; Delors wiederholte diese Forderung »Europe needs a soul« später, beispielsweise im Oktober 2010 in einem Interview (siehe: <http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/20101006STO85428/Jacques-Delors-Europe-needs-a-soul>).
- ⁴⁸ Simms/Zeeb 2016 (S. 78 f).
- ⁴⁹ Regierungserklärung des Bundeskanzlers Konrad Adenauer in der 3. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Dezember 1954; online unter: www.konrad-adenauer.de/dokumente/erklarungen/regierungserklarung15.

Literatur.

- ADENAUER, Konrad (1954): *Regierungserklärung des Bundeskanzlers in der 3. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. Dezember 1954*. Online unter: www.konrad-adenauer.de/dokumente/erklarungen/regierungserklarung15.
- BELL, Daniel (1987): *The World and the United States in 2013*. In: Daedalus 116, 3/1987 (S. 1–30).
- CAMERON, David (2016): *PM speech on the UK's strength and security in the EU: 9 May 2016*. Online unter: <https://www.gov.uk/government/speeches/pm-speech-on-the-uks-strength-and-security-in-the-eu-9-may-2016>.
- COMMISSION OF THE EUROPEAN COMMUNITIES (1992): *Summary of Addresses by President Delors to the Churches*. 704E/92 vom 14. Mai 1992.
- FISCHER, Joschka (2016a): *Die neue Orientalische Frage. Was die Türkei für Europas Sicherheit im 21. Jahrhundert bedeutet*. In: Süddeutsche Zeitung, Ausgabe vom 6. April 2016 (S. 2).
- FISCHER, Joschka (2016b): *Des Albtraums erster Teil. Der Brexit und die Sehnsucht nach dem alten Nationalstaat sind Zeichen für den Niedergang des Westens*. In: Süddeutsche Zeitung, Ausgabe vom 29. Juni 2016 (S. 2).
- FRANKLIN, Benjamin / William Temple Franklin (1818): *Memoirs of the Life and Writings of Benjamin Franklin. Vol. 1*. Philadelphia: William Duane.
- FRISCH, Max (1964): *Die Chinesische Mauer. Eine Farce*. Berlin: Edition Suhrkamp.
- FROMKIN, David (2009): *A Peace to end all Peace. The Fall of the Ottoman Empire and the Creation of the Modern Middle East*. New York: Holt Paperbacks.
- FUKUYAMA, Francis (1989): *The End of History?* In: The National Interest, Summer 1989.
- GOLDBERG, Jeffrey (2016): *The Obama Doctrine. The U.S. president talks through his hardest decisions about America's role in the world*. In: The Atlantic, April 2016 Issue (S. 70 ff).
- GUJER, Eric (2016): *Ein Kontinent überschätzt sich*. In: Neue Zürcher Zeitung, Ausgabe vom 18./19. Juni 2016 (S. 1).
- KISSINGER, Henry (2015): *A Path Out of the Middle East Collapse*. In: The Wall Street Journal, Ausgabe vom 16. Oktober 2015.
- LOTH, Wilfried (2014): *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- LUNTZ, Frank (2016): *»Why the Brits are poised to take a risk and leave the European Union.«* In: TIME, Vol. 187, No. 24/2016 (S. 22).



- MARSHALL, Tim (2016⁴): *Die Macht der Geographie. Wie sich Weltpolitik anhand von 10 Karten erklären lässt*. München: dtv Verlag.
- MOUFFE, Chantal (2015): »Das System der Mitte kollabiert.« In: Der Standard, Ausgabe vom 10. Mai 2015.
- MÜNKLER, Herfried (2015a): *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*. Hamburg: Edition Körber-Stiftung.
- MÜNKLER, Herfried (2015b): *Kriegssplitter. Die Evolution der Gewalt im 20. und 21. Jahrhundert*. Berlin: Rowohlt Verlag.
- MÜNKLER, Herfried (2016): *Europa im Ringen um die Macht in der Mitte*. In: MILEV, Yana (2016): *Europa im freien Fall. Orientierung in einem neuen Kalten Krieg*. Wien, Berlin: Verlag Turia+Kant.
- OBAMA, Barack (2016): *Ein geeintes Europa ist eine Notwendigkeit für uns alle*. Rede des US-Präsidenten anlässlich der Eröffnung der Messe in Hannover am 25. April 2016. Online unter: <http://blogs.usembassy.gov/amerikadienst/2016/04/25/ein-geeintes-europa>.
- OTEY, George N. (Ed.) (2009): *First Presidential Messages. Two Hundred Twenty Years of Inaugural Addresses and Statements on Becoming President 1789-2009*. Tulsa, Oklahoma: Unfettered Publishing Co.
- PERTHES, Volker (2015): *Das Ende des Nahen Ostens, wie wir ihn kennen*. Ein Essay. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- RACHMAN, Gideon (2016): *Rival historians trade blows over Brexit*. Online unter: <http://www.ft.com/cms/s/0/86c8faa8-1696-11e6-9d98-00386a18e39d.html>.
- SCHWALL-DÜREN, Angelica (2015): *Eine sozial gerechte EU ist keine Utopie, sondern eine Frage des politischen Willens*. In: ALEMANN, Ulrich von / u.a. (Hrsg.) (2015): *Ein soziales Europa ist möglich. Grundlagen und Handlungsoptionen*. Wiesbaden: Springer Verlag (S. 109-120).
- SCHMIDT, Helmut (2013): *Mein Europa. Reden und Aufsätze*. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- SEUFERT, Günter (2015): *Die Türkei als Partner der EU in der Flüchtlingskrise*. Berlin: SWP-Aktuell 2015/A, Nr. 98.
- SHAKESPEARE, William (1597); *Richard II*.
- SIMMS, Brendan (2016): *Britain's Europe. A Thousand Years of Conflict and Cooperation*. London: Penguin Books.
- SIMMS, Brendan / Benjamin ZEEB (2016): *Europa am Abgrund. Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa*. München: C.H.Beck Verlag.
- WINKLER, Heinrich August (2015): *Zerreissproben. Deutschland, Europa und der Westen. Interventionen 1990-2015*. München: C.H.Beck Verlag.

